

Antrag

der Fraktion der SPD

Den Aufbau in den neuen Ländern vorantreiben – Investitionen fördern – Umwelt sanieren – Verwaltungskraft stärken

Die Forderungen der Fraktion der SPD zum NATIONALEN AUFBAUPLAN in den neuen Ländern waren Gegenstand der Gespräche von Arbeitsgruppen der Fraktion der SPD und der Bundesregierung. Die Bundesregierung ist nur auf wenige dieser Forderungen eingegangen. Sie hat sich in wesentlichen Punkten verweigert oder Überprüfung mit unklarem Ausgang zugesagt.

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, bis Ende Juni 1991 im Deutschen Bundestag zu berichten, in welcher Weise sie die Zusagen erfüllt hat oder erfüllen wird,

- die Opfer von Stalinismus und kommunistischer Diktatur vorrangig zu entschädigen,
- mindestens teilweise das sozialdemokratische Konzept der Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften zu übernehmen,
- die Verlängerung der Verwaltungshilfe über den 30. Juni 1991 hinaus sicherzustellen,
- „Qualifizierung vor Arbeitslosigkeit“ bei denen zu garantieren, die heute noch in der Warteschleife sind,
- die zeitgerechte Auszahlung von Transferleistungen wie Wohngeld, Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe und BAföG zu garantieren,
- den Weiterbetrieb von Kindertagesstätten mit dem Instrument der Arbeitsbeschaffungsmaßnahme zu stützen.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, bis Ende Juni 1991 im Deutschen Bundestag zu berichten, zu welchem Ergebnis sie bei der zugesagten Überprüfung der folgenden Forderungen der Fraktion der SPD gekommen ist:

- Stärkung der Verwaltungskraft der Oberfinanzdirektionen, insbesondere zur Bewältigung der Antragswelle bei Zuordnungsentscheiden.

- Anrechnung des Lastenausgleichs und sonstiger wirtschaftlicher Vorteile im Rahmen der Ausgleichs- und Entschädigungsregelungen. Die Regierung hat anerkannt, daß Sanierung nicht an Altschulden scheitern darf. Sie beläßt es jedoch bei der investitionshemmenden Einzelfalllösung.
- Sofortige Berichtspflicht über das Anlaufen der Maßnahmen im Gemeinschaftswerk Ost, damit Gelder, die nicht abfließen, sofort in den Umweltschutzbereich umgelenkt werden können.
- Bevorzugung ostdeutscher Unternehmen bei öffentlichen Aufträgen; die Regierung hat weitere Bemühungen bei der EG zugesagt.
- Weitergabe bisher militärisch genutzter Areale und Einrichtungen an die Kommunen zu günstigen Konditionen.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die folgenden Forderungen der Fraktion der SPD, die sie bisher abgelehnt hat, zu unterstützen und in geeigneter Weise für deren Durchsetzung einzutreten:

- Schnelle Klärung der Eigentumsverhältnisse durch Vorrang der Entschädigung vor Rückgabe.
- Wirksamere Förderung betrieblicher Investitionen. Dazu bedarf es einer Investitionszulage von 25 Prozent für Unternehmen aus den neuen Bundesländern.
- Gesetzlicher Sanierungsauftrag für die Treuhandanstalt.
- Die Befreiung der Treuhandunternehmen von ihren Altschulden.
- Verlängerung der Warteschleife über den 30. Juni 1991 hinaus.
- Bundeshilfen für den Aufbau von dringend benötigten Fachhochschulen für den öffentlichen Dienst (z. B. für Bibliotheken und sonstiges Lehrmaterial, Computer).
- Eine attraktive und wirkungsvolle Vorruhestandsregelung.
- Anreize zur stärkeren Verknüpfung von Qualifizierung und Kurzarbeit.
- Ein preislimitiertes Vorkaufsrecht im Rahmen einer Sonderregelung für Städte und Gemeinden insbesondere in den neuen Ländern bei Rückkauf bisher militärisch genutzter Areale und Einrichtungen.
- Eine sozial gerechte und solide Finanzierung (keine Senkung und Abschaffung von Vermögens- und Gewerbekapitalsteuer, Einkommensgrenzen auch bei der Ergänzungsabgabe, Arbeitsmarktabgabe und Einsparung).
- Verbindliche Regelung der Sanierung von Umwelt-Altlasten.

Bonn, den 5. Juni 1991

Dr. Hans-Jochen Vogel und Fraktion

Begründung

Die wirtschaftliche und soziale Lage in den neuen Ländern hat sich in den vergangenen Monaten dramatisch verschlechtert. Das gilt insbesondere für den weitreichenden Zusammenbruch der Beschäftigungsstrukturen und den besorgniserregenden Anstieg der Arbeitslosigkeit. Ende April 1991 waren 836 940 Menschen arbeitslos, weitere zwei Millionen waren in Kurzarbeit. Hunderttausende davon mit Arbeitszeit Null. In einzelnen Regionen ist die Quote der Arbeitslosigkeit auf bis zu 50 Prozent angestiegen. Viele werden in wenigen Wochen arbeitslos, wenn die besonderen Kündigungsschutzbedingungen und die Warteschleife auslaufen.

Die Herausforderung, die Einheit Deutschlands zu gestalten, ist beispiellos. Es gibt in den neuen Ländern keine dem hohen Niveau der Altbundesrepublik vergleichbaren Strukturen, weder im rechtlichen und verwaltungsmäßigen noch im wirtschaftlichen und sozialen Bereich. Immer noch vorherrschend sind die in 41 Jahren SED-Herrschaft gewachsenen, nicht marktfähigen Industriestrukturen und eine unzureichende Infrastruktur. Erhebliche Umweltschäden, politisch belastete Personen oder Personengruppen in Schlüsselpositionen von Wirtschaft, Justiz und Verwaltung erschweren den Start in das gemeinsame Deutschland.

Die leichtfertigen Versprechungen der Koalition vor der Bundestagswahl und ihre Untätigkeit haben die Entwicklung zusätzlich belastet und vielen Menschen den Mut genommen. Die Regierung mit Kanzler Kohl hat Vertrauen verspielt und Enttäuschung ausgelöst. Das sind schlechte Voraussetzungen für die schwierigen Aufgaben, die jetzt zu lösen sind.

Die Menschen in den neuen Ländern haben das Recht auf eine Perspektive, die ihre bisherige Lebensleistung und ihre Qualifikation berücksichtigt und ihrer Bereitschaft zur Mitgestaltung des neuen Gemeinwesens Raum gibt.

Die neuen Länder müssen auch in Zukunft ein Ort zum Leben und Arbeiten bleiben, indem die sozialen wie individuellen Grundrechte gewährleistet und so schnell wie möglich die Lebensverhältnisse an die alten Länder angeglichen werden, wie es das Grundgesetz vorschreibt. Das ist vor allem Aufgabe der Politik.

Der zwingend notwendige Umbau Ostdeutschlands darf nicht zu wirtschaftlichem Niedergang, zu Entindustrialisierung und Entqualifizierung führen. Die wirtschaftliche Erfahrung der Menschen und ihre Fertigkeiten müssen genutzt und bewahrt werden, damit sie ihren Beitrag für das gemeinsame Deutschland leisten können. Dieser Teil unseres Landes muß wieder werden, was er in seiner Geschichte immer war; eine der wichtigen europäischen Industrieregionen: leistungsfähig und prosperierend.

Zeiten großer Umbrüche sind nicht nur Zeiten der Unsicherheit. Sie sind vor allem Zeiten großer Chancen, die es zu eröffnen und für die Menschen nutzbar zu machen gilt. Die von den Menschen in Ostdeutschland mutig erkämpften demokratischen Freiheiten dürfen sie nicht mit Arbeitslosigkeit oder wirtschaftlicher Not bezahlen.

Die SPD hat bereits 1990 im Deutschen Bundestag und in ihrem Wahlprogramm zahlreiche Maßnahmen zum Aufbau in den neuen Ländern vorgeschlagen. Leider hat die Regierung diese Vorschläge lange Zeit abgelehnt.

Unter Federführung von Björn Engholm hat die SPD im März 1991 die von ihr vorgeschlagenen Maßnahmen im NATIONALEN AUFBAUPLAN zusammengefaßt und konkretisiert. Hans-Jochen Vogel hat mit Schreiben vom 28. März 1991 den Bundeskanzler nachdrücklich auf den Ernst der Lage in den neuen Ländern hingewiesen, die SPD-Forderungen dargestellt und angeregt, unverzüglich in Gespräche darüber einzutreten.

Die Fraktion der SPD hat damit der Bundesregierung eine befristete und punktuelle Zusammenarbeit angeboten, die Aufgaben und Verantwortung von Regierung und Opposition nicht verwischt und die in ihrem Ergebnis öffentlich kontrollierbar bleibt.

Auch die sozialdemokratisch geführten Länder haben sich im Rahmen ihrer Aufgabe innerhalb unserer föderalistischen Ordnung dazu bereit erklärt.